

# YOU.PA – Das Jugendparlament der Stadt Bottrop



Jugendparlament Bottrop Osterfelder Str. 27 46236 Bottrop

Frau Ministerin Gebauer MdL  
Ministerium für Schule und Bildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
40190 Düsseldorf

## **Ansprechpartner im Fachbereich Jugend und Schule:**

Herr Lazinski  
Osterfelder Str. 27  
46236 Bottrop  
Tel. 02041 / 70-4168  
E-Mail: jugendparlament@bottrop.de

04.05.2021

## **Corona-Lage an den Bottroper Schulen**

Sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

wir Sprecher, als Vertreter für das Jugendparlament der Stadt Bottrop, sind der Auffassung, Ihnen in Ihrer Zuständigkeit als Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Corona-Lage an den Bottroper Schulen zu berichten.

Dieser Bericht ist aus der Sicht der Bottroper Schülerinnen und Schüler verfasst worden.

Zuallererst möchten wir uns auf eine vom Jugendparlament durchgeführte Umfrage<sup>1</sup> beziehen. Dazu hat die Arbeitsgruppe "Schule" einen Fragenkatalog erstellt. An dieser Umfrage haben ca. 100 Bottroper Schülerinnen und Schüler teilgenommen. In dieser Umfrage wurde unter anderem abgefragt, wie die Schülerinnen und Schüler ihre Wohn- und Lernumgebung bewerten, ob die Lehrerinnen und Lehrer den Distanzunterricht sinnvoll betrieben haben und ob die Schülerinnen und Schüler sich ausreichend auf ihre Prüfungen vorbereitet fühlen.

Im Großen und Ganzen lässt sich sagen, dass die Bottroper Schülerinnen und Schüler zwar mit ihrer Wohn- und Lernumgebung zufrieden sind, sich jedoch nicht gut auf die Klausuren vorbereitet fühlen. 48 % der befragten Schülerinnen und Schüler sind der Auffassung, dass ihre Lehrerinnen und Lehrer den Distanzunterricht nicht sinnvoll betrieben haben. Das heißt im Umkehrschluss, dass diese Schülerinnen und Schüler auch nicht mit der Unterrichtsweise der Lehrenden klargekommen sind.

Nach der Umfrage haben wir die Schülerinnen und Schüler darum gebeten, noch einige Äußerungen zum Distanzunterricht zu machen<sup>2</sup>. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Konzentration der Schülerinnen und Schüler zu Hause um einiges schlechter ist als in der

---

<sup>1</sup> Die Umfrage wurde am 13. März 2021 durchgeführt.

<sup>2</sup> Dabei hatten die Befragten die Möglichkeit, uns die Antworten durch kurze Texte mitzuteilen.

Schule und dass durch den Distanzunterricht mehr Aufgaben allein zu lösen sind als im Unterricht besprochen und gelöst werden können.

Auch gibt es selbst nach ungefähr einem Jahr Distanzunterricht noch immer immense technische Probleme, wie zum Beispiel das Abstürzen der verwendeten Apps.

Als Nächstes haben wir einige Schülerinnen und Schüler direkt angesprochen und sie um deren Einschätzungen zur aktuellen Lage gebeten.<sup>3</sup>

Bei dieser Befragung hat sich herausgestellt, dass die Teststrategie sehr stark zu hinterfragen ist. Die meisten Schülerinnen und Schüler, so auch wir, verstehen nicht, warum für jede Schülerin und jeden Schüler nur zwei Tests pro Woche zur Verfügung stehen. Vor allem beim Einkaufen in Geschäften, die nicht zur Versorgung des täglichen Bedarfs gehören, hat ein solcher Test eine maximale Gültigkeit von 24 Stunden, das heißt, man muss sich täglich testen, um dort einkaufen gehen zu dürfen. In der Schule jedoch reicht es anscheinend, sich nur zweimal in der Woche testen zu lassen.

Allgemein ist die Sinnigkeit eines freiwilligen Tests zu hinterfragen. Denn eine Person, welche sich nicht testen lassen möchte und positiv ist, kann genauso andere Personen anstecken wie eine Person, die positiv getestet ist und sich in der Schule befindet. Um einen möglichst hohen Schutz gegen eine Infektion zu bieten, sollte dafür gesorgt werden, dass jede sich im Unterricht befindende Person (Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer) vor Betreten des Schulgeländes einen negativen Schnelltest nachzuweisen hat. Denjenigen Schülerinnen und Schülern, die sich weigern, einen Test durchzuführen, sollte man dennoch die Möglichkeit geben, durch Online-Übertragung oder ähnliche Varianten, wie dem eigenständigen Selbststudium, am Unterricht teilnehmen zu können oder zumindest den Stoff nachzuholen.

Wir fordern daher, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, jeden Tag einen Covid-19-Selbsttest durchzuführen. Des Weiteren wird angemerkt, dass der Test beim Betreten des Schulgeländes vorgelegt wird und nicht im Klassenraum in der gesamten Lerngruppe durchgeführt werden sollte. Durch die Durchführung der Tests in der Lerngruppe müsste diese bei einem positiven Fall fast vollständig in Quarantäne versetzt werden, da während der Testung die Lerngruppe zur gleichen Zeit ohne Maske in einem Raum sitzt.<sup>4</sup>

Zudem haben einige Schülerinnen und Schüler das Problem, dass sie außerschulisch kaum eine Unterstützung erhalten, da nicht jede Nachhilfeinstitution die Möglichkeit hat, vernünftigen Unterricht zu bieten und die Maßnahmen zum Infektionsschutz einzuhalten. Auch sind die meisten Lehrerinnen und Lehrer komplett ausgelastet, da der Kontakt in den Schulen fehlt und somit alles schriftlich geklärt werden muss. Im Allgemeinen wird die Kommunikation zwischen Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern als sehr schwierig eingeschätzt.

Darüber hinaus haben uns einige Schülerinnen und Schüler mitgeteilt, dass sie nach einem Jahr des nicht regulären Schulbetriebes sowie der andauernden Ungewissheit stark unter diesen Umständen leiden. Für einige Schülerinnen und Schüler resultierte aus dieser Problematik bereits eine starke psychische Belastung. Dieses Thema wird unserer Meinung nach leider viel zu wenig behandelt, sondern viel mehr einfach "unter den Teppich gekehrt".

---

<sup>3</sup> Diese Befragung wurde zwischen dem 12.04.21 und dem 25.04.21 durchgeführt, dabei wurden SuS aus den Klassen 9, EF, Q1 und Q2 befragt.

<sup>4</sup> Die Anzahl der SuS, welche in eine Quarantäne versetzt werden müssten, hängt von den Abständen zur positiv getesteten Person ab.

Daher fordern wir, dass zu dieser Thematik konkrete Hilfeangebote zur Verfügung gestellt werden.

Abschließend hat die Befragung ergeben, dass die Schülerinnen und Schüler mit den ständigen Änderungen überfordert sind und schon gar nicht mehr die Sinnhaftigkeit ersehen, überhaupt noch am Unterricht teilzunehmen, denn "Man kommt sowieso durch ...".<sup>5</sup> Aus diesem Punkt wird eine große allgemeine Frustration der Schülerinnen und Schüler ersichtlich, da sie zum Teil der Ansicht sind, dass man sich aufgrund der ständigen Änderungen nicht mehr auf die Zukunft vorbereiten und einstellen kann.

Eine Sache, die aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar ist, ist, dass Entscheidungen, die sehr stark mit dem Infektionsschutzgesetz zusammenhängen, den Schulen überlassen werden und nicht direkt vom Ministerium geregelt werden, sondern von den Schulen alleine. Als Beispiel dazu möchten wir die diesjährige Mottowoche nehmen. Bei einer Mottowoche ist es klar bekannt, dass es immer wieder vereinzelt Schülerinnen und Schüler gibt, die durch den Konsum alkoholischer Getränke jegliche Maßnahmen des Infektionsschutzes vernachlässigen könnten, wie zum Beispiel Situationen ohne Abstände und Masken. Hätte man vom Ministerium aus eine solche Mottowoche generell untersagt, hätten sich Schülerinnen und Schüler vermutlich in Kleinstgruppen getroffen, jedoch wäre es nicht zu solchen großen Ansammlungen von Schülerinnen und Schülern gekommen, wie sie in einigen Städten, darunter auch Bottrop, stattgefunden haben.

Dadurch, dass man diese Entscheidung den Schulen überlassen hat, gab es auch im Stadtgebiet verschiedene Entscheidungen. So gab es Schulen, welche die Ausrichtung einer Mottowoche zugelassen haben, und Schulen, die diese untersagt haben, so dass die Schülerinnen und Schüler der Schulen, an denen keine Mottowoche stattfand, die Akzeptanz gegenüber den Maßnahmen zum Infektionsschutz verlieren.

Als letzten Punkt möchten wir auf die Situation der Abiturientinnen und Abiturienten hinweisen, da diese besonders unter den o. g. verminderten Möglichkeiten der Lernunterstützung zu leiden haben. Denn diese müssen sich, mehr als sonst üblich, auf eigenem Wege die Lerninhalte aneignen und wurden ebenso wie der vorherige Abiturjahrgang durch die Ungewissheit über ihre Abiturabschlussprüfung "im Regen stehen gelassen", da bis kurz vor den Abiturprüfungen nicht bekannt war, ob und wie diese stattfinden.

Des Weiteren möchten wir auch auf die Situation der 10er-Abschlussklassen der weiteren Schulformen hinweisen, da diese ebenso wie die Abiturientinnen und Abiturienten unter den genannten Umständen zu leiden haben. Angemerkt wurde vor allem, dass im vergangenen Jahr die ZAPs durch die Lehrerinnen und Lehrer gestellt worden sind und nicht durch das Ministerium. Dies hat in dieser besonderen Lage den Vorteil, dass durch die großen Einschränkungen des Lehrbetriebes nur die Lehrerinnen und Lehrer wissen, ob der Stoff geschafft wurde, der zu schaffen war. Mit genau dieser Begründung ist man im letzten Jahr zu dieser Entscheidung gekommen.

---

<sup>5</sup> Diese Aussage beruht darauf, da SuS, welche sich nicht in einem Abschlussjahrgang befanden, nicht sitzenbleiben können.

Unser größter Kritikpunkt ist es, dass man das Abitur und die ZAPs in keiner Weise an die Umstände des diesjährigen Jahrgangs angepasst hat. Würde man ein Abitur aus einer Durchschnittsnote als Grundlage nehmen, hätte man keine Vergleichbarkeit zu den vorherigen Abiturjahrgängen. Durch eine unzureichende Vorbereitung auf die diesjährigen Prüfungen ist aber ebenso eine schlechte Vergleichbarkeit zwischen den vorherigen Jahrgängen entstanden. Eine vernünftige Vergleichbarkeit wäre nur dann gegeben, wenn auf der Grundlage eines Bildungsgipfels, gebildet aus Vertretern von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Hochschulen, eine Entscheidung getroffen worden wäre, welche alle als gleichwertige Lösung angenommen hätten. Dies ist tragischerweise nicht der Fall gewesen und gerade deshalb ist es uns besonders wichtig, auf die Fehler dieses Verfahrens hinzuweisen, um sicherzustellen, dass in einer vergleichbaren Situation eine vernünftigere Entscheidung getroffen wird.

Zusammenfassend möchten wir sagen, dass viele Schülerinnen und Schüler mit den Entscheidungen des Ministeriums unzufrieden sind und einige Entscheidungen angepasst werden sollten. Natürlich ist auch uns bewusst, dass kein Ministerium eine solche Situation je erlebt hat und niemand weiß, wie eine solche Situation zu händeln ist. Jedoch würden wir uns wünschen, dass man die Bedürfnisse und Anregungen der Schülerinnen und Schüler in die Entscheidungen des Ministeriums miteinbeziehen würde, da diese Gruppe diejenige ist, welche am meisten von diesen Entscheidungen betroffen ist. Denn es sollte auch hier gelten, dass man denjenigen verpflichtet ist, für die man arbeitet, und man danach streben sollte, nicht gegen sie, sondern mit ihnen zu entscheiden oder sich zumindest anzuhören, was sie zu sagen haben.

In diesem Sinne möchten wir Sie im Namen des Bottroper Jugendparlaments darum bitten, mit den Jugendvertretern des Landes in einen Austausch zu treten und gemeinschaftlich mit ihnen Konzepte auszuarbeiten, aus denen junge Menschen Zuversicht für die Zukunft schöpfen können, auf die sie sich verlassen können und die sie in dem Wissen befolgen können, dass sie auf Grundlage ihrer Meinung und Anregungen erstellt wurden.

Dazu möchten wir Sie nach Bottrop einladen und somit die Arbeit zwischen Ihnen und den Jugendvertretern im Land NRW beginnen. Ferner möchten wir einen Dialog zwischen Ihnen und den Vertretern der Bottroper Schülerinnen und Schülern initiieren. Somit können Sie sich ein konkretes Bild der im Brief angesprochenen Lage machen und in einen direkten Austausch mit Schülerinnen und Schülern treten.

Mit freundlichen Grüßen

Max Fockenberg  
(Sprecher)

Gwan Suliman  
(Sprecher)

Maximilian Urbaneck  
(stellv. Sprecher)